

Für die weitere Entwicklung des Nahverkehrsplans wurden seitens der Verwaltung vier grundsätzliche Szenarien als Handlungsoptionen entwickelt. Herr Hoppe erläuterte anhand von ausgewählten Beispielen deren mögliche Auswirkungen auf das künftige ÖPNV-Angebot im Rhein-Sieg-Kreis. Der Vortrag ist in einem schwarz/weiß Ausdruck als Anhang 2 der Niederschrift beigefügt. Zusätzlich erhalten die Fraktionen eine Farbkopie.

Im Anschluss an den Vortrag wurden verschiedene Rückfragen gestellt und es entwickelte sich eine lebhafte Diskussion.

Auf die Nachfrage des SkB Reker zur Schülerbeförderung antwortete Dr. Berbuir, dass derzeit viele Änderungen im Schülerverkehr stattfinden. Ursachen hierfür seien zum einen die veränderten Schülerzahlen und zum anderen die Einführung von Nachmittagsunterricht bzw. andere Ganztagsangebote an den Schulen. Um mit dem ÖPNV-Angebot hierauf insbesondere in den ländlichen Bereichen reagieren zu können, müssen aber die konkreten Schulschlusszeiten und die Anzahl der betroffenen Schüler feststehen. Hierzu finden derzeit Gespräche mit den Schulen, Schulträgern und den Verkehrsunternehmen statt. Die ggfls. notwendigen Fahrplanänderungen werden somit kurzfristig erfolgen müssen, im Nahverkehrsplan als Rahmenplan für die ÖPNV-Bedienung sind hierzu keine Anpassungen notwendig.

Abg. Krauß betonte, dass auch er die Notwendigkeit sehe, insbesondere bei alternativen Bedienungsformen flexiblere Angebote zu schaffen. Allerdings können diese Änderungen immer nur zum Fahrplanwechsel vorgenommen werden. Hierbei sei es wünschenswert, dass beim Test neuer Angebote mindestens ein Jahr als Versuchszeitraum angesetzt werde.

Er gab zusätzlich den Hinweis, dass die vom Gutachter als notwendig bezeichnete kreisweit zentrale Disposition der Taxibus- bzw. AST-Angebote sinnvoll sei, noch besser wäre allerdings eine Lösung für den gesamten Verkehrsverbund.

Abg. Tandler bedankte sich für den sehr interessanten Vortrag des Gutachters und hob hervor, dass viele Aspekte hinsichtlich einer flexiblen Bedienung, die jetzt hier vorgestellt wurden, alte Forderungen seiner Fraktion seien. Ergänzend stellte er die Frage, ob, neben der stärkeren Ausrichtung des Busverkehrs auf die Siegtalstrecke im rechtsrheinischen sowie auf die Großstädte Köln und Bonn im linksrheinischen Kreisgebiet, zusätzliche Schnellbusse das ÖPNV-Angebot attraktivieren würden.

Herr Hoppe antwortete, dass die Substitution von Linienbussen durch Taxibusse schrittweise erfolgen sollte. So mache es wenig Sinn, neue Strukturen z.B. mit dem Taxibus zu schaffen, wenn man sich aufgrund von festen Arbeitsverträgen oder angeschafften Fahrzeugen nicht ohne weiteres von den alten trennen kann. In dem Fall bleiben die großen Busse, auch wenn Sie nur mit wenigen Personen besetzt sind, die unter dem Strich wirtschaftlichere Lösung.

Bezüglich der geforderten Schnellbusse verdeutlichte er, dass nach seinem Wissen in den vergangenen Nahverkehrsplänen bereits bei einigen Buslinien Beschleunigungen durch Straffung der Linienwege erreicht worden seien. Man werde diesen Weg auch bei der jetzigen Fortschreibung weiter gehen und diese Verbesserungen deutlicher als bisher herausstellen. Allerdings betonte er auch, dass nicht bei allen Buslinien weitere Beschleunigungen möglich seien. So weise der Linienweg heute zwar eine Vielzahl von Haltestellen aus, aufgrund der geringen Nachfrage werde hier aber selten gehalten. Hier ein differenziertes System anzubieten, sei nicht wirtschaftlich.

Abg. H. Becker hob hervor, dass er sich grundsätzlich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise anfreunden könne. Das vorgestellte Beispiel zeige aber deutlich, dass erst im Detail die Vor- und Nachteile richtig sichtbar würden. Deshalb stelle er für seine Fraktion klar, dass die grundsätzliche Zustimmung zum weiteren Vorgehen nicht bedeute, dass damit allen Maßnahmen zugestimmt werde. Vielmehr sehe er großen Bedarf, für jede Einzelmaßnahme die Vor- und Nachteile herauszuarbeiten, intensiv zu beraten und auch die Räte in den Kommunen besser als bisher einzubeziehen. Letztlich müsse die örtliche Politik den Nahverkehrsplan mittragen. Da die Fortschreibung des Nahverkehrsplans in den Kommunalwahlkampf falle, empfehle er der Verwaltung eine besondere Sensibilität.

Abg. Jablonski bedankte sich ebenfalls für den Vortrag und stellte fest, dass der Vorschlag, das Szenario 3 grundsätzlich als Basis für die weiteren Überlegungen anzusetzen auch von der CDU-Fraktion

mitgetragen werde. Im Hinblick auf die Äußerungen des Abg. Becker gehe er davon aus, dass die Verwaltung die Stellungnahmen der Städte und Gemeinden zu den einzelnen Planungen sehr Ernst nehme und sich der Ausschuss im Herbst, wenn die Planungen weitgehend ausgearbeitet sind, auch ausreichend Zeit nehmen werde, um die Vor- und Nachteile abzuwägen.

Bezüglich der Sensibilität gegenüber den lokalen Politik erinnerte er daran, dass gerade im letzten Nahverkehrsplan eine ganze Reihe von sehr schwach ausgelasteten Buslinien gestrichen worden und hier keine erheblichen Widerstände aus den Kommunen zu verzeichnen gewesen seien. Hier habe gut vermittelt werden können, dass es angesichts der knappen öffentlichen Kassen kein Sinn mache, leere Busse durch den Rhein-Sieg-Kreis fahren zu lassen. Vor diesem Hintergrund warb er um Mut, Veränderungen anzugehen, wenn diese mit deutlichen Vorteilen gegenüber dem heutigen Zustand verbunden seien.

Abg. Mersch forderte die Verwaltung und den Gutachter auf, bei den konzeptionellen Überlegungen zwischen Ballungsraum und ländlichen Bereichen zu differenzieren. So müsse bei kleineren Ortschaften eine Mindest-ÖPNV-Erschließung gewährleistet bleiben. Hier müsse sicherlich kein Linienbus verkehren, aber die Orte dürften auch nicht vom öffentlichen Verkehr abgeschnitten werden. Die Benachteiligung des ländlichen Raumes dürfe nicht noch weiter verstärkt werden.

Zudem sprach sie die Empfehlung aus, bei gravierenden Änderungen auch die betroffene Bevölkerung zu hören.

Herr Hoppe bedankte sich für die deutliche Zustimmung zum vorgeschlagenen Szenario 3 und sicherte dem Ausschuss zu, dass man zusammen mit der Verwaltung Verbesserungsvorschläge erarbeiten und deren Vor- und Nachteile deutlich aufzeigen werde. Wenn sich in der anschließenden Diskussion zeige, dass die Vorteile hier im Ausschuss und vor Ort nicht zu vermitteln seien, würden solche Maßnahmen nicht weiter verfolgt.

Abg. Tandler betonte ebenfalls die deutlichen Unterschiede zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum. Während die vorgenommenen Streichungen von Busleistungen des letzten NVP z.B. in Troisdorf die Angebotsqualität kaum verändert habe, hätte sie in vielen ländlichen Bereichen sehr schmerzhaft Einschnitte erzeugt. Deshalb müssten hier mit kostengünstigen Alternativen zum Standardlinienbus wieder bessere Angebote geschaffen werden.

Der Vorsitzende wertete die Meinungsäußerungen im Ausschuss als deutliche Zustimmung, das Szenario 3 als Grundlage für die weiteren Betrachtungen anzunehmen. Er bedankte sich beim Gutachter und der Verwaltung für die gute Vorbereitung der Beratung und wünschte beiden Erfolg bei der Konzeption der Maßnahmen sowie der Abstimmung mit den Betroffenen.